

Rede

Nr. 265/2025

Kiel, 21.11.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Keine Frau und kein Mädchen darf mehr Opfer dieser Menschenrechtsverletzung werden

„Die kultursensible Beratung und Begleitung der betroffenen Frauen und deren Familien ist einer der wichtigsten Aspekte im Kampf gegen die weibliche Genitalbeschneidung und -verstümmelung“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 30 - Mündlicher Bericht zu Maßnahmen der Landesregierung gegen weibliche Genitalverstümmelung (Drs. 20/3786)

Mindestens 3000 Frauen und Mädchen in Schleswig-Holstein leiden unter den Folgen von weiblicher Genitalbeschneidung und Verstümmelung kurz FGM/C .

Außerdem ist eine vermutlich hohe Dunkelziffer an Mädchen davon bedroht. Es dürfen nicht noch mehr Frauen und Mädchen Opfer dieser Menschenrechtsverletzung werden. Der Gefährdung junger Mädchen in Schleswig-Holstein muss entgegengewirkt werden.

Mit den Beratungs- und Projektkonzepten leistet die Fachstelle TABU in Kiel Gaarden einen großen Beitrag zur Unterstützung von Betroffenen und gefährdeten Mädchen und Frauen in Schleswig-Holstein. Leider gibt es landesweit nur diese eine Fachstelle, an die man sich zum Thema weiblicher Genitalbeschneidung wenden kann. Dabei spielt Aufklärung und Beratung



der Betroffenen und deren Umfeld eine wichtige Rolle, um den Opfern zu helfen und weitere Mädchen und Frauen davor zu schützen. Um zu verhindern, dass weitere Mädchen und Frauen Opfer dieser in einigen Kulturen tief verwurzelten, traditionellen Körperverletzung werden, gilt es die weibliche Genitalbeschneidung und -verstümmelung in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Wenn Mädchen in ihren Familien eine Genitalbeschneidung droht, ist dies ein akutes Kriterium der Kindeswohlgefährdung und führt zu rechtlichen Konsequenzen zum Schutz des Kindes. Aber um diese Bedrohung zu erkennen, braucht es Wissen und eine Sensibilisierung über und für das Thema.

Eltern von betroffenen oder bedrohten Mädchen und Frauen handeln mit der Überzeugung, das Richtige für ihr Kind zu tun, oftmals aus dem Grund, dass sie selbst kulturell durch diese Überzeugung geprägt worden sind. Genau deshalb ist es wichtig, dass dieser Kreislauf durch Aufklärung und kultursensible Beratung durchbrochen wird.

Oftmals sind die Mädchen noch zu jung, um sich der Gefahr einer drohenden Genitalbeschneidung bewusst zu sein. Deshalb ist es so wichtig, dass Fachkräfte in Kitas und Schulen sensibilisiert und aufgeklärt werden, wie sie diese Gefährdung erkennen und mit dem Thema umgehen. Aber genauso wichtig ist es die Frauen und Mädchen, die unter den Folgen einer Genitalbeschneidung leiden zu unterstützen, zu beraten und begleiten. Auch wenn es schon gute und vielfältige Fortbildung und Ausbildungsinhalte für Ärzte und Hebammen zum Thema der weiblichen Genitalbeschneidung und gibt, muss dies noch flächendeckender und verbindlicher ausgebaut werden.

Aktuell gehen der Fachstelle Tabu die Gelder aus. Durch die europäische Projektförderung des den Asyl-, Migrations- und Integrationsfond AMIF konnte das heutige Angebot der Fachstelle, wie zum Beispiel die Beratung und Begleitung Betroffener, die Schulung von Fachkräften, Netzwerkarbeit und Präventionsarbeit aufgebaut werden.

Aufgrund des aktuellen Antragsstopps des AMIF wurden jetzt ergänzende Bundesprojektmittel in Aussicht gestellt. Mit den Bundesmitteln würde man zwar die laufenden Projekte fortführen, allerdings kann die wesentliche Beratungsarbeit damit nicht weiter finanziert werden.

Dabei ist es gerade die kultursensible Beratung und Begleitung der Betroffenen Frauen und deren Familien, einer der wichtigsten Aspekte im Kampf gegen die weibliche Genitalbeschneidung und -verstümmelung. Deshalb werden wir als SSW-Fraktion mit einem Haushaltsantrag die Landesförderung der Fachstelle TABU in Höhe von 150.000 Euro einfordern, damit das aktuelle Beratungs- und Begleitungsangebot in Schleswig- Holstein erhalten bleibt.

Wir freuen uns sehr, dass wir das Thema durch den mündlichen Bericht der Ministerin erneut in den Fokus rücken und hoffen, dass wir hier einen guten Weg für Schleswig-Holstein finden.



